V-13 Sportstätten für Berliner*innen, statt für Olympia ´36

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 03.06.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Weitere Anträge

Die schwarz-rote Koalition strebt in ihrem Koalitionsvertrag an, dass Berlin im Falle einer deutschlandweiten Bewerbung um die Durchführung von Olympischen und Paralympischen Sommerspielen ein Austragungsort wird.

Eine Beteiligung Berlins wäre aber nur dann sinnvoll, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die Stadt nachhaltig davon profitiert.Dafür müsste zuerst das Internationale Olympische Komitee (IOC) seine Vergaberichtlinien erst grundlegend reformieren. Und wenn der Bund dann ein nachhaltiges, klimaneutrales und ökologisches Konzept für die Durchführung von olympischen und paralympischen Spielen vorlegen und die notwendigen Infrastrukturinvestitionen finanzieren würde, könnte über eine Bewerbung unter Beteiligung der Berliner*innen gesprochen werden.

Das Jahr 2036, 100 Jahre nach den Nazi-Propaganda-Spielen 1936, ist aus naheliegenden Gründen mehr als problematisch, ein markaberes Signal ginge dann von Deutschland aus. Eine angemessene historisch-kritische Aufarbeitung der Olympischen Spiele von 1936 unter Beteiligung jüdischer und weiterer Organisationen verfolgter Opfergruppen ist in jedem Fall weiterhin notwendig.
Allein das Vorhaben der Austragung olympischer Spiele in Berlin in Erwägung zu ziehen, hätte von Anfang und über die Landesgrenzen hinweg besser abgestimmt sein müssen. Alles andere ist diplomatisch extrem ungeschickt, historisch fragwürdig und lässt die weltoffene Hauptstadt

in keinem guten Licht dastehen.

Auch die finanzielle Belastung für Berlin ist nicht zu verantworten: Allein eine Bewerbung kann um die 30 Millionen Euro kosten. Ist sie erfolgreich, belaufen sich die Gesamtkosten auf einen zweistelligen Milliardenbetrag. Damit würde sich das Land Berlin hoch verschulden und die dringend benötigten Investitionen in Berliner Infrastruktur nachhaltig erschwerden.

Dabei braucht Berlins Sport dringend mehr finanzielle Mittel. Marode Sportstätten, fehlende Plätze und Hallen und der schlechte Zustand der Berliner Bäder sind nicht hinnehmbar. Bevor eine Bewerbung für olympische Spiele in Frage kommt müssen die von Berliner Sportler*innen genutzten Sportstätten fit gemacht und der Profi- und Breitensport in der Stadt unterstützt werden, anstatt in große Sportstätten zu investieren, die nach den Spielen nicht weiter in einem ausreichenden Maß genutzt werden. Denn Berlin hat einen wahnsinnigen Sanierungsstau.
Bündnis90/Die Grünen Berlin fordert daher einen Gesamtplan für die Entwicklung unserer Sportstätten und endlich eine gesicherte Regelfinanzierung für Modernisierungen und Umbau.